

Gesundheit & E-Health

Verhaltenes Interesse an Enquêtekommission

Die Debatte um die Pandemiepolitik der amtierenden wie der Vorgängerregierung spaltet das Parlament. Die FDP wirft den eigenen Koalitionspartnern mit Blick auf die Corona-Aufarbeitung eine „Blockadehaltung“ vor. Und die Opposition, die die Einsetzung einer Enquêtekommission auch allein durchsetzen könnte, zögert, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.



von Dr. Heike Haarhoff

veröffentlicht am 12.08.2024

In der Debatte um die **Aufarbeitung der Corona-Politik** hat der Bundesgesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD) klargestellt, dass die Einsetzung einer von Teilen der Ampel, aber auch der Opposition geforderten **Enquêtekommission** alleinige Aufgabe des Parlaments sei. Er selbst, sagte der Minister gestern zu Tagesspiegel Background, äußere sich „überhaupt nicht zu der Frage Enquêtekommission“. Denn „solche Kommissionen würden das Regierungshandeln bewerten“, erklärte er. „Regierungsmitglieder“ aber, so Lauterbach über Lauterbach, „sollten sich mit Vorschlägen zur Bewertung ihrer eigenen Arbeit zurückhalten“.

Die Ende Juli erfolgte *Veröffentlichung ungeschwärzter Dokumente*(<https://rki-transparenzbericht.de/>) über Sitzungen des **Corona-Krisenstabs beim Robert Koch-Institut** (RKI) durch eine der Querdenker-Szene nahestehende Gruppe um die Berliner Aktivistin *Aya Velázquez*(<https://www.velazquez.press/p/rki-leak-alle-protokolle-des-rki>) hatte *Ende vergangener Woche erneut politische Wellen*(<https://www.krankenkassen.de/dpa/448633.html>) geschlagen. Im

Zentrum der Kritik steht die Frage, ob und welche **politische Einflussnahme** der amtierende Bundesgesundheitsminister und sein Vorgänger **Jens Spahn** (CDU) während der Pandemie-Jahre auf das RKI ausgeübt haben. Als zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und –prävention agiert das RKI als wissenschaftlich unabhängiges Forschungsinstitut, zugleich ist es gegenüber dem BMG weisungsgebunden. Die Echtheit der Protokolle ist bislang nicht bestätigt; das *RKI teilte zuletzt mit, sie nicht geprüft zu haben*(<https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/C/COVID-19-Pandemie/Stellungnahme-Protokolle-2024-07-23.html>).

Unterdessen erneuerte die **FDP-Fraktion** am Wochenende ihre Kritik an der Aufarbeitungspolitik der Ampel, der sie selbst angehört: „Es ist beschämend, dass wir als Koalition bisher keine Enquête-Kommission eingesetzt haben“, räumte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP, **Andrew Ullmann**, gegenüber Tagesspiegel Background ein. Die Verhandlung vor dem *Bundesverwaltungsgericht zu den flächenabhängigen Geschäftsschließungen*(<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/corona-pandemie-schliessung-laeden-verkauf-100.html>), die verzögerte *Veröffentlichung der RKI-Daten*(<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit-und-e-health/briefing/vorwuerfe-gegen-rki-risikobewertung-aus-rechter-ecke>) und der Verdacht auf politische Einflussnahme beim RKI machten deutlich, dass eine „umfassende politische, wissenschaftliche und konstruktive Auswertung der Corona-Pandemie überfällig“ sei. Ohne diese könne man die Pandemie weder „gesellschaftlich abschließen noch **fundierte Handlungsempfehlungen** für zukünftige Krisen entwickeln“. Eine handlungsfähige Enquête-Kommission des Bundestages bleibe hierfür der „richtige Weg“. Sie einzusetzen, hatte die *FDP bereits im Frühjahr 2023 gefordert*(<https://background.tagesspiegel.de/gesundheit-und-e-health/briefing/fdp-fordert-enquetekommission>).

Ein Viertel aller Abgeordneten müsste Antrag stellen

Enquêtekommissionen bestehen aus **Abgeordneten** sowie aus **Sachverständigen** aus Wissenschaft und Praxis, ihre Mitglieder werden im Einvernehmen mit den Bundestagsfraktionen benannt. Am Ende ihrer Arbeit legen sie Abschlussberichte vor, in denen in der Regel auch Empfehlungen für die Gesetzgebung festgehalten sind. Wenn mindestens ein Viertel aller Abgeordneten einen entsprechenden Antrag stellt, ist der *Bundestag verpflichtet, eine Enquêtekommission*

einzusetzen(<https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/E/enquete-444734>). Der FDP, die im Bundestag zwölf Prozent der Abgeordneten stellt, ist es bislang nicht gelungen, innerhalb der Ampelfraktionen die nötige Zahl an Unterstützern zu finden, um einen entsprechenden Antrag auf den Weg zu bringen. „Die Blockadehaltung unserer Koalitionspartner muss aufhören“, mahnte Ullmann gestern.

Doch scheint das **Interesse bei SPD und Grünen** an einer solchen Kommission eher verhalten. Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD, **Heike Baehrens**, ließ – wie auch die Pressestelle der SPD-Fraktion – am Wochenende Anfragen von Tagesspiegel Background zu ihrer Haltung zu einer Corona-Enquêtekommission unbeantwortet. Das Büro des gesundheitspolitischen Sprechers der Grünen im Bundestag, **Janosch Dahmen**, teilte mit, anderweitig beschäftigt zu sein: „Herr Dahmen hat leider momentan keinerlei freie Kapazitäten und muss daher absagen.“ Derweil erklärte sich das Abgeordneten-Büro der amtierenden Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses, **Kirsten Kappert-Gonther** (Grüne), für nicht verantwortlich: „Die thematische Zuständigkeit liegt hier bei Herrn Dr. Dahmen.“

Britta Haßelmann, die Fraktionschefin der Grünen, maß dem Thema unterdessen durchaus politische Relevanz zu: Es sei wichtig, sich im Nachgang „mit dieser Ausnahmesituation“ zu befassen, um Lehren und Schlussfolgerungen aus der Pandemie zu ziehen, sagte sie gestern zu Tagesspiegel Background: „Eine **intensive parlamentarische Auseinandersetzung** ist dabei unerlässlich, denn nur so können wir sicherstellen, dass wir für zukünftige Krisen vorbereitet sind.“ Diese Haltung, betonte Haßelmann, „haben wir als Grüne immer vertreten und uns mit den Koalitionspartnern grundsätzlich auf eine Aufarbeitung verständigt“. Ihre Fraktion sei „offen, was die Instrumente anbelangt“ und hoffe, „dass wir **zeitnah eine Verständigung** über einen guten Weg finden“. Mit Blick auf Vorwürfe koalitionsinterner Kritiker sagte Haßelmann: „An uns wird das nicht scheitern, wir wollen, dass es gelingt.“

Zweifel an Willen zur Aufarbeitung

Die Opposition reagierte mit Skepsis. „Bei der Corona-Aufarbeitung hat die Ampel viele Monate an wertvoller Zeit vergeudet“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion, **Tino Sorge**, gestern zu Tagesspiegel Background. Als die Union eine Enquêtekommission anregt habe, habe sich die Ampel „zu keiner geschlossenen Position durchringen“ können. „Bis heute ist es den Koalitionären nicht gelungen, ein Format zur seriösen

Aufarbeitung auf den Weg zu bringen“, kritisierte der CDU-Gesundheitspolitiker. Es sei „mehr als fraglich, ob die Ampel an einer seriösen Aufarbeitung überhaupt noch ein Interesse hat“.

Am geeignetsten für eine Aufarbeitung, sagte Sorge, wäre eine **Bund-Länder-Kommission**, die die Pandemie aus föderaler Sicht betrachte: „Schließlich waren es in der Pandemie der Bund und die Länder gemeinsam, die die zentralen Entscheidungen getroffen haben.“ Diese Entscheidungsmechanismen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen müssten gemeinsam mit externen Experten untersucht werden.

Eine Enquêtekommission dagegen wäre „mit genügend Zeit, kurz nach Ende der Pandemie, ein gutes Instrument gewesen“, befand er. „Jetzt aber würde ihr **kurz vor der Bundestagswahl die Zeit davonlaufen**.“ Dennoch würde die Union „einen konstruktiven Rückblick jederzeit unterstützen, wenn sich die Ampel bloß endlich einigen würde“, versicherte Sorge.

Opposition könnte Kommission auch ohne Ampel durchsetzen

Die Möglichkeit, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und eine Enquêtekommission an der Ampel vorbei zu beantragen – mit *196 von 733 Sitzen im Bundestag erreichen CDU und CSU* (<https://www.bundestag.de/abgeordnete>) mehr als die für den Antrag nötigen 25 Prozent der Abgeordneten – kommt für die größte Oppositionsfraktion dagegen offenbar nicht in Frage. „Am Zug“, sagte Sorge, sei „die Regierungskoalition“.

Die Gesundheitsexpertin der Gruppe der Linken im Bundestag, **Kathrin Vogler**, forderte ebenfalls „eine ehrliche Aufarbeitung der Corona-Pandemie, sowohl in einer Enquêtekommission, aber auch darüber hinaus“. Dabei, so Vogler zu Tagesspiegel Background, solle es weniger um „Abrechnung“ gehen, sondern darum, „wie wir in Zukunft besser auf Pandemien und vergleichbare Ereignisse reagieren können“. Es sei wichtig, „sich ehrlich zu machen und Fehler einzugestehen, ohne dabei aber die unmittelbare Gefahr, die von Corona ausgegangen ist, zu verleugnen“, mahnte sie.

Die Linke, daran erinnerte ein Sprecher des Gruppenvorsitzenden **Sören Pellmann** am Wochenende, habe bereits „im Herbst 2023, als sie noch den Status einer Fraktion hatte“, die Einrichtung einer Enquêtekommission „den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP vorgeschlagen“. Bisher aber sei „keine wirkliche Bereitschaft in der Ampel“ für eine Einsetzung zu erkennen. „Der Ampel-Regierung, insbesondere der SPD mit ihrem Gesundheitsminister ist wohl klar, dass eine

Aufarbeitung im Wahlkampf eher negative Auswirkungen auf sie hätte“, vermutete der Sprecher. Zudem wäre „ein Untersuchungsausschuss, wie ihn AfD und BSW fordern, das schärfere Schwert, weil dieser zur Klärung der Verantwortlichkeit und strafrechtlichen Konsequenzen führen könnte“.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, **Martin Sichert**, versicherte unterdessen auf Anfrage von Tagesspiegel Background, dass seine Fraktion auch „eine Enquête unterstützen würde, da sie mehr Aufklärung als aktuell“ ermögliche. Dennoch halte die AfD „einen **Untersuchungsausschuss** für unverzichtbar“, da nur dieser der „Schwere“ der Grundrechtseinschränkungen zu Corona-Zeiten „gerecht werden“ könne.